

Demokratie

Daniela Gottschlich und Melanie Pichler

Weder existiert die *eine* Begriffsdefinition von Demokratie, noch lässt sich angesichts der vielfältigen Varianten Demokratie im Singular denken (Offe 2003: 9). Demokratie war und ist umkämpft – sowohl auf begrifflicher und damit normativ theoretischer Ebene als auch als konkreter historischer Prozess. Das heißt, die Kontroverse um das, was Demokratie(n) ausmacht, ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische (Salzborn 2012: 7; vgl. auch Maus 1986). Seit der Antike hat sich das Verständnis von Demokratie verändert: Im antiken Griechenland als Herrschaft des Volkes entstanden (wobei das Recht auf politische Teilhabe damals nur freien Männern zugestanden wurde), entwickelte sich die idealtypische direkte Demokratie im Zuge der industriellen Revolution und der Entstehung des Kapitalismus zu einer repräsentativen Demokratie – mit freien und gleichen Wahlen als bestimmendem Element. Neoliberale Globalisierung, Autoritarismus und Populismus haben in den letzten Jahrzehnten zu strukturellen Veränderungen der repräsentativen Demokratie bis hin zu einer Erosion einiger demokratischer Institutionen geführt (wie beispielsweise die Einschränkung der Gewaltenteilung oder die zunehmende Bedeutung von Finanzmärkten). In der sozialwissenschaftlichen Debatte werden diese Entwicklungen mit dem Begriff der »Postdemokratie« beschrieben (z.B. Rancière 1996; Crouch 2008, 2021; APUZ 2011; Streek 2015). In der feministischen Forschung spricht Birgit Sauer (2011) hingegen von einer »Prädemokratie«, weil das Partizipationsversprechen von Demokratien – z.B. für Frauen – bisher nur unzureichend eingelöst wurde. Ähnliches gilt auch für den Umgang mit → Natur. Die Zuspitzung der ökologischen Krise in Form von sich überlagernden und verstärkenden Krisenphänomenen (wie etwa Klimakrise, Biodiversitätsverlust und Bodendegradation) führt zu neuen Fragen hinsichtlich der Möglichkeit einer demokratischen Bearbeitung dieser Krise und der allgemeinen Zukunftsfähigkeit von Demokratie(n) insgesamt (Stein 2011). Wie kann also eine »Demokratisierung der Demokratie« (Offe 2003) bzw. eine »Transformation der Demokratie« (Pelluchon 2021: 182) gelingen, die Natur und ökologische Krisenphänomene ernst nimmt?

Wir konzentrieren uns in diesem Beitrag auf Demokratieverständnisse, die Fragen von Natur, → gesellschaftlichen Naturverhältnissen und ökologischer Krise aufnehmen, und arbeiten daran anschließend sowie aufbauend auf unseren Vorarbeiten ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie heraus (Gottschlich/Hackfort 2016; Pichler 2017; Friedrich et al. 2019; Pichler et al. 2020). Dieses, so argumentieren wir, beschreibt Demokratie als umkämpfte Erweiterung des Öffentlichen. Ein solches Verständnis umfasst zum einen Umweltkonflikte und Kämpfe um die Integration von

Natur und ökologischer Krise als wichtige *prozesshafte Dimension* von Demokratie. Zum anderen impliziert Demokratie eine *substanzielle Dimension* durch ein normatives Ringen darum, wer oder was Teil des Öffentlichen ist und woran es normativ ausgerichtet sein soll – z.B. weg von einer Externalisierungsdemokratie (Massarrat 2006) hin zu einer Caring-Democracy (Tronto 2013) und einer Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Gottschlich/Hackfort 2016; Gottschlich 2017). Wir illustrieren ein solches Demokratieverständnis abschließend anhand konkreter Kämpfe um Energiedemokratie. Wesentlich für ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie sind damit Verständnisse von → Konflikt, → Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Fragen von Umweltgerechtigkeit (→ environmental justice) und ökologischer → Gerechtigkeit.

Zum Verhältnis von Demokratie und Natur

Die krisenbewältigende Bearbeitung von sozial-ökologischen Problemen gehört – trotz institutionalisierter Umweltpolitik und trotz aller Dringlichkeit – zu den bisher uneingelösten demokratischen Versprechen. Bevor wir ein explizit politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie herausarbeiten, stellen wir in diesem Abschnitt Demokratieverständnisse vor, die in unterschiedlicher Weise Antworten auf die Frage der Krisenbearbeitung und der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse geben.

Ein erstes Demokratieverständnis, das wir als *partizipative Umweltgovernance* beschreiben, basiert im Wesentlichen auf bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie (wie Wahlen, Parlament, einschließlich auch direktdemokratischer Instrumente der Bürger*innenbeteiligung), die durch partizipative Verfahren erweitert werden sollen. Denn Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die bestehenden Instrumente nicht ausreichen, der ökologischen Krise zu begegnen, sondern dass es neue und andere demokratische Instrumente braucht (Walk 2008). Die breitere direkte Beteiligung von Menschen durch partizipative Instrumente wie Stakeholder-Dialoge, Runde Tische, Transparenzinitiativen oder Bürger*innenforen wird als Schlüssel für eine effektivere und legitimere Bearbeitung von Umweltproblemen angesehen (Leggewie/Welzer 2009). Diese Initiativen und Instrumente sollen außerdem helfen, nationalstaatliche demokratische Strukturen zu modernisieren und auf lokale und supranationale Ebenen auszuweiten, auch wenn sie oft freiwillig und ohne bindenden Charakter bleiben.

Ein zweites Demokratieverständnis, das versucht Natur selbst in demokratische Prozesse aufzunehmen, bezeichnen wir als *ökologische Demokratie*. Dieses befasst sich insbesondere mit der Frage nach der Repräsentanz von Natur in einem grundsätzlich anthropozentrischen Demokratieverständnis. Neben der Repräsentanz von Natur im Allgemeinen spielen auch die Repräsentation zukünftiger Generationen sowie von Menschen jenseits nationalstaatlicher Grenzen eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt der öffentliche Diskurs über die Fragen der Repräsentanz (*Deliberation*) soll zu einer kontinuierlichen Erneuerung von (repräsentativer) Demokratie beitragen (Dryzek 2000; Eckersley 2004). Um die Repräsentanz von zukünftigen Generationen zu gewährleisten und der Gegenwartszentrierung heutiger Demokratien entgegenzuwirken, werden z.B. Ombudspersonen für zukünftige Generationen diskutiert (vgl. stellvertretend Göpel 2014: 96ff.). Andere konkrete Vorschläge sehen z.B. die Anerkennung von Natur oder bestimmten natürlichen Elementen (wie z.B. Flüsse oder Gletscher) als Rechtssubjekte

und die Festschreibung ihrer Rechte in den jeweiligen nationalen Verfassungen (z.B. in Ecuador) vor (Knauß 2018). Während in der Diskussion um partizipative Umweltgovernance eine Demokratisierung vor allem effektivere Lösungen bringen soll (und damit die *Output-Legitimität* von Demokratie gestärkt werden soll), stellt sich die ökologische Demokratie der Frage, wie der bisher unvollständigen Repräsentation von Natur (*Input-Legitimität* von Demokratie) begegnet werden kann (Eckersley 2004).

Im Gegensatz zu diesen beiden Demokratieverständnissen, die weiterhin auf repräsentativen Vorstellungen aufbauen, unterscheiden wir ein drittes Demokratieverständnis, das wir als *direkte Umweltdemokratie* bezeichnen. ›Tatsächliche‹ Demokratie ist in dieser Vorstellung nur in dezentralen Einheiten möglich, wo aktive Bürger*innen direkt über ihre politischen und ökonomischen Anliegen bestimmen. Im Gegensatz zu öffentlichen Diskursen und Institutionen, in denen um eine Demokratisierung durch Repräsentation gerungen wird, gelten hier Versammlungen als zentraler Ort und Basisdemokratie als Idealvorstellung von Demokratie, wo Menschen informierte Entscheidungen über ihre Umwelt und die Nutzung natürlicher Ressourcen treffen (Bookchin 1990, 2004). Diese und ähnliche Ideen, wie die der »präsentischen Demokratie« (Lorey 2016), die auf Sorge, Verbundenheit und Verantwortung beruhen, finden auch in der aktuellen Degrowth-Bewegung viel Zuspruch und Verbreitung (Cattaneo et al. 2012). In sozialen Bewegungen wie »Ende Gelände« oder auch »Hambi bleibt« (siehe Einleitung) zielt Demokratisierung nicht nur auf die Ausweitung politischer Teilhabe, sondern gleichermaßen auf die Transformation der (fossilen) Demokratie (Wissen 2016) und damit auf die Überwindung fossilistischer Verhältnisse, die maßgeblich für die ökologische Krise sind.

Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Im Dialog mit den dargestellten Demokratieverständnissen, die in unterschiedlicher Weise Natur, sozial-ökologische Probleme bzw. die Kontrolle über natürliche Ressourcen integrieren, arbeiten wir in diesem Abschnitt Grundzüge eines politisch-ökologischen Demokratieverständnisses heraus. Eine solche Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse »zielt auf die (Wieder-)Aneignung von Politik, die Ausweitung politischer Teilnahme sowie den Abbau von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen« (Lösch 2012: 62). Demokratie bedeutet demnach *die Erweiterung des Öffentlichen*. Mit diesem Argument schließen wir an (öko-)feministische und wirtschaftsdemokratische Beiträge an: Diese haben in den letzten Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass die Beschränkung des Öffentlichen in liberal-repräsentativen Demokratien zentrale Bereiche der Gesellschaft von demokratischer Kontrolle ausschließt – mit entsprechenden Folgen für Mensch und Natur (z.B. Biesecker et al. 2007; Gottschlich 2017; Demirović 2018). Demnach werden zwei zentrale Bereiche mit besonderem Zugriff und Einfluss auf Natur und Ressourcen zum größten Teil der privaten Sphäre zugeordnet: die *Wirtschaft* (das heißt Produktionsprozess und technologischer Fortschritt) und der *Haushalt* (das heißt die Gesamtheit des individuellen ›Konsums‹ und der dafür notwendigen und darüberhinausgehenden → (re)produktiven und sorgenden Tätigkeiten). Wie die Ökofeministin Val Plumwood bereits 1995 herausgearbeitet hat, wird diese private Sphäre, die in liberalen Demokratien mit ökonomischer Notwendigkeit und individueller Freiheit assoziiert ist, weitgehend demokratischer Kontrolle entzogen.

Eine demokratische Erweiterung des Öffentlichen auf bisher als privat geltende Bereiche wie die ›Wirtschaft‹ oder den ›Haushalt‹ impliziert sowohl eine substanzielle als auch eine prozesshafte Dimension von Demokratie: *Substanziell*, weil eine solche Erweiterung das inhaltliche Ringen, was denn das Öffentliche ist und sein soll, umfasst. Dazu gehört auch, welchen normativen Zwecken demokratisches Handeln dient und an welchen normativen Prinzipien demokratische Gesellschaftsgestaltung orientiert wird (Friedrich et al. 2019). *Prozesshaft*, weil Gesellschaften von konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die beispielsweise die Aneignung und Kontrolle von Natur und natürlichen Ressourcen prägen, durchzogen sind, und eine Demokratisierung dieser gesellschaftlichen Naturverhältnisse *konflikthaft* durchgesetzt werden muss. Eine politisch-ökologische Perspektive fokussiert entsprechend auf Konflikte und Kämpfe als wesentliche demokratiepolitische Bestandteile, die eine Erweiterung des Öffentlichen erst möglich machen.

Zur substanziellen Dimension von politisch-ökologischer Demokratie

Von feministischer Seite wird nicht nur argumentiert, dass Natur und Care-Arbeiten aus dem Schatten ins Licht geholt werden müssten, sondern auch dass sie ins Zentrum des politischen Gemeinwesens gehören. Ausgehend von der konstatierten »Krise des Reproduktiven« (Biesecker/Hofmeister 2006) wird eine Erweiterung des Öffentlichen reklamiert: Dafür zu sorgen, dass die Reproduktionsfähigkeit von Natur erhalten bleibt, wird zur öffentlichen Aufgabe. Ebenso werden unbezahlte Care-Arbeiten in Form von Fürsorge-, Erziehungs-, Pflege- und Unterstützungstätigkeiten, die in der Familie, für Freund*innen und Nachbar*innen geleistet werden, nicht länger als Privatsache deklariert. Der ›Haushalt‹ erscheint damit nicht mehr als *black box* (Stiefel 2014). Nun können analytisch die vergeschlechtlichten und ethnisierten Verhältnisse von Care-Arbeit und Prozesse der → Externalisierung von Sorgeverantwortung ausgeleuchtet werden: Wer trägt die Hauptlast für die Arbeiten, auf denen unsere Gesellschaft beruht? Zugleich gerät durch diese Fragen der Zusammenhang von Demokratie, Geschlechterverhältnissen und Arbeit in den Blick: »Welche ökonomischen Ressourcen, welche Formen der Verteilung sozialer Güter, welche Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit braucht demokratische Teilhabe?« (Sauer 2016: 157). Ein politisch-ökologisches Verständnis von Demokratie, das auf Demokratisierung abzielt, braucht daher nicht nur »geschlechtergerechte [...] Partizipation, Artikulation und Repräsentation« (Sauer 2009: 116). Es müssen auch »Formen des Arbeitens und Tätigseins sowie politische Entscheidungsprozesse über Arbeiten und Leben als Gesamtzusammenhang betrachtet werden« (Sauer 2016: 158). Denn nicht nur die kapitalistisch organisierte Ökonomie beruht auf Externalisierung als Prinzip (vgl. Biesecker et al. 2012), sondern auch der moderne Wohlfahrtsstaat lagert im Zuge neoliberaler Umbaumaßnahmen ›reproduktive‹ Tätigkeiten in die private Sphäre aus. Es sind vor allem Frauen*, die unentgeltlich »den versorgenden Part des ›unsichtbaren Wohlfahrtsstaates‹ [konstituieren]« (Neyer 1998: 94).

Eine Erweiterung des Öffentlichen ermöglicht damit nicht nur eine Kritik an diesen krisenverursachenden Externalisierungen von Natur und Sorgearbeiten, sondern auch eine Debatte über die Transformation von gesellschaftlichen Natur- und Sorgeverhältnissen. Wenn das Sorgen für sich, für andere, für das Gemeinwesen als öffentlich und politisch aufgefasst wird, dann lässt sich diskutieren, was für neue bzw. andere politische Rahmenbedingungen es braucht, damit die Reproduktionsfähigkeit

der gesamten Gesellschaft gesichert, für alle Menschen des Gemeinwesens gut gesorgt ist und alle, die dazu in der Lage sind, ihrer Sorgeverantwortung gerecht werden können. Von Tronto (2013) und in Anlehnung an sie wird dafür der grundsätzliche Umbau von Demokratie hin zu einer »Caring-Democracy« (ebd.) bzw. einer »vor_sorgenden Demokratie« (Gottschlich 2017) gefordert, in der das Sorgen für Mensch und Natur im Mittelpunkt steht und ökologische und soziale einschließlich intersektionale → Gerechtigkeit gleichermaßen angestrebt werden. Die substanzielle Dimension von Demokratie in einem politisch-ökologischen Verständnis ist daher als permanenter Versuch zu verstehen, den → Staat, verstanden als gesellschaftliches Kräfteverhältnis, auf Handlungsprinzipien wie Gemeinwohl, Gerechtigkeit, sowie → Care und Vorsorge zu orientieren.

Zur prozesshaften Dimension von politisch-ökologischer Demokratie

Auch wenn die Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre das Spannungsfeld zwischen (repräsentativer) Demokratie und Kapitalismus prägt, hängt das tatsächliche Ausmaß dieser Trennung immer von politischen Kämpfen und konkreten Machtverhältnissen ab (Buckel 2017). Wichtige Demokratietheoretiker*innen konzeptualisieren Demokratie demnach weniger als Regierungs- oder Gesellschaftsform, sondern als *Prozess* der Auseinandersetzung (Rancière 2011; Mouffe 2013) – ein Verständnis, das uns für die Politische Ökologie fruchtbar erscheint. Für den Demokratietheoretiker Jacques Rancière ist Demokratie dementsprechend mit der Störung der existierenden Ordnung und den Kämpfen derjenigen Menschen und Orte verbunden, die ihren Anteil in der ›Ordnung der Dinge‹ verlangen:

»In diesem Sinne bezeichnet die Demokratie gerade nicht die Lebensform von Individuen, die sich um ihr privates Glück sorgen, sondern im Gegenteil den Kampf gegen diese Privatisierung; sie bezeichnet, anders gesagt, den Erweiterungsprozess der Öffentlichkeit« (Rancière 2011: 68).

Ein solches konfliktorientiertes Demokratieverständnis verfolgt auch Erik Swyngedouw, der Demokratie explizit mit sozial-ökologischen Konflikten verbindet. Demokratie verortet er dort, wo

»jene, die nicht gleichberechtigt in die existierende sozio-politische Ordnung eingebunden sind, ihr ›Recht auf Gleichheit‹ verlangen, die existierende Ordnung gesellschaftlicher Naturverhältnisse unterbrechen und ihren Anteil im Anordnen der Dinge einfordern« (Swyngedouw 2009: 606, eigene Übersetzung).

Aus politisch-ökologischer Perspektive fokussiert Demokratie also auf Kämpfe und Konflikte von marginalisierten Gruppen (z.B. Indigene, Kleinbäuer*innen, Landlose, Erntehelfer*innen, undokumentiert Arbeitende), die die bestehende Aneignung, Kontrolle und Verteilung von Natur und natürlichen Ressourcen in Frage stellen und damit sowohl die Gruppe an Menschen als auch die Räume für demokratische Auseinandersetzung erweitern (Pichler 2017: 40). Anders als bei deliberativen Demokratieverständnissen geht es dabei nicht nur um eine diskursive, sondern immer auch um eine materielle Sphäre, das heißt, wer bestimmt über den *Zugang*, die *Kontrolle* und die *Verteilung* von Natur.

Dieses politisch-ökologische Verständnis von Demokratie als konflikthafte Erweiterung des Öffentlichen ist aktuell in zahlreichen Konflikten zu beobachten. Eine bemerkenswerte Zusammenstellung solcher Konflikte bietet z.B. der *Atlas of Environmental Justice*¹, der mehr als 3300 »ökologische Verteilungskonflikte« (Martínez-Alier 2021, eigene Übersetzung) dokumentiert und dabei versucht, aktivistische und wissenschaftliche Wissensproduktion zu verbinden (Temper/Del Bene 2016). Der Atlas hebt insbesondere Konflikte an den »Grenzen der Rohstoffextraktion und Abfallentsorgung« hervor (z.B. Bergbau, monokulturelle Landwirtschaft, Ölbohrungen, Mülldeponien), wo marginalisierte Gruppen um alternative Formen der Naturaneignung kämpfen (Martínez-Alier 2021). Während Demokratie nicht in allen Konflikten einen expliziten Bezugspunkt darstellt, möchten wir ein politisch-ökologisches Demokratieverständnis abschließend am Beispiel der Energiedemokratie illustrieren.

Das Beispiel Energiedemokratie

Ein konkretes Beispiel für die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bilden Kämpfe im Energiebereich, wie etwa für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung oder die Transformation der Energieproduktion (z.B. Kalt 2021; Moss et al. 2015). Rekommunalisierung richtet sich gegen die private Kontrolle der *Energieversorgung* und tritt für eine öffentliche Gestaltung ebendieser ein. Im Jahr 2011 initiierte z.B. die Plattform Berliner Energietisch ein Konzept für ein kommunales Energieunternehmen, das auf drei Säulen beruht: eine ökologische Orientierung, ein soziales Bepreisungssystem, um Energiearmut zu verhindern, und eine demokratische Verfassung, um die direkte Beteiligung der Bürger*innen in Entscheidungsprozessen zu ermöglichen (Moss et al. 2015: 1556). In einem Referendum sprachen sich 83 Prozent für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung aus, das Quorum von 625.000 Stimmen wurde allerdings um 21.000 Stimmen verfehlt (Kunze/Becker 2015: 431). Der Fall zeigt somit exemplarisch, dass eine Demokratisierung gegen Widerstände und in Konflikten durchgesetzt werden muss – und dass diese oft auch scheitern (prozesshafte Dimension). Gleichzeitig wird mit der Gestaltung der drei Säulen das normative Ringen um das Öffentliche deutlich: Nicht mehr »nur« soziale und partizipative Elemente sind bedeutsam, sondern auch die ökologische Orientierung wird prominent in die Gestaltung der Energieversorgung integriert (substanzielle Dimension). In ähnlicher Weise zeigen auch die Kämpfe um die *Energieproduktion* (konkret die Extraktion von Kohle) im Rahmen von »Ende Gelände«, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise gegen Widerstand durchgesetzt werden muss (Scherhauser et al. 2021). Weil sowohl Regierung als auch privatwirtschaftliche Unternehmen nur zögerlich den Kohleausstieg planen bzw. diesen immer wieder hinausschieben, versuchen soziale Bewegungen durch direkte Blockaden den Handlungsspielraum für Alternativen zu erhöhen und damit ein Ringen über nachhaltige Formen der Energieproduktion überhaupt erst zu ermöglichen.

1 Siehe www.ejatlasc.org

Fazit

Demokratiethoretische Arbeiten, die sich in der Politischen Ökologie verorten, begreifen Demokratie stärker als Prozess denn als Zustand, indem sie aktuell krisenhafte gesellschaftliche Naturverhältnisse analysieren, verstehen und verändern wollen. Sie sind getragen von dem Interesse, die Krise der Demokratie durch eine Demokratisierung und Transformation der Demokratie zu überwinden. Wir haben im Anschluss an (öko-)feministische und demokratiethoretische Arbeiten argumentiert, dass Demokratie die substanzielle und konflikthafte Erweiterung des Öffentlichen markiert. Das heißt, es geht sowohl um eine andere Art des Umgangs mit den (re)produktiven Grundlagen von Gesellschaft (Care-Arbeiten und Natur) als auch um eine andere Form ihrer Repräsentation im demokratischen System – weg von einer extraktiven hin zu einer vorsorgenden Demokratie –, die in konflikthaftern Prozessen durchgesetzt werden muss. Konflikte sind und bleiben damit wesentliche Treiber für die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Literatur

- APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (2011): »Themenheft Demokratie und Beteiligung«, Nr. 44-45, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/59699/demokratie-und-beteiligung/> (Zugriff: 01.05.2022).
- Biesecker, Adelheid/Braunmühl, Claudia von/Wichterich, Christa/Winterfeld, Uta von (2007): »Die Privatisierung des Politischen. Zu den Auswirkungen der doppelten Privatisierung«, in: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 16. Jg., Nr. 2, S. 28-40.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung*, München: oekom.
- Bookchin, Murray (1990): »The meaning of confederalism«, in: *Green Perspectives*, 20. Jg., S. 1-7.
- Bookchin, Murray (2004): *Post-Scarcity Anarchism*, Edinburgh: AK Press.
- Buckel, Sonja (2017): »Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute«, in: Oliver Eberl/David Salomon (Hg.): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden: Springer VS, S. 19-41.
- Cattaneo, Claudio/D'Alisa, Giacomo/Kallis, Giorgos/Zografos, Christos (2012): »De-growth futures and democracy«, in: *Futures*, 44. Jg., Nr. 6, S. 515-523.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin (2021): *Postdemokratie revisted*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (Hg.) (2018): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dryzek, John S. (2000): *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*, New York: Oxford University Press.
- Eckersley, Robyn (2004): *The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty*, Cambridge: MIT Press.
- EJatlas (2022): »The Global Atlas of Environmental Justice«, www.ejatlas.org (Zugriff: 01.05.2022).

- Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): »Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy«, in: *Politics and Governance*, 7. Jg., Nr. 4, S. 165-177.
- Göpel, Maja (2014): »Ombudspersonen für zu zukünftige Generationen: Diktatoren oder Bürgervertreter?«, in: Bernward Gesang (Hg.): *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?* Wiesbaden: Springer VS, 89-108.
- Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah (2016): »Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum die Perspektiven der Politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 57. Jg., Nr. 2, S. 300-323.
- Gottschlich, Daniela (2017): *Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive*, Baden-Baden: Nomos.
- Kalt, Tobias (2021): »Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany«, in: *Environmental Politics*, 30. Jg., Nr. 7, 1135-1154.
- Knauf, Stefan (2018): »Conceptualizing Human Stewardship in the Anthropocene: The Rights of Nature in Ecuador, New Zealand and India«, in: *Journal of Agricultural and Environmental Ethics*, 31. Jg., S. 703-772.
- Kunze, Conrad/Becker, Sören (2015): »Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth«, in: *Sustainability Science*, 10. Jg., Nr. 3, S. 425-437.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Lösch, Bettina (2012): »Demokratisierung«, in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Benjamin Opratko/Stefan Thimmel (Hg.): *ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft*, Hamburg: VSA, S. 62-63.
- Lorey, Isabell (2016): »Präsentische Demokratie. Radikale Inklusion – Jetztzeit – konstituierender Prozess«, in: Alex Demirović (Hg.): *Transformation der Demokratie. Demokratische Transformation*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 265-277.
- Martínez-Alier, Joan (2021): »Mapping ecological distribution conflicts. The EJAtlas«, in: *The Extractive Industries and Society*, 8. Jg., Nr. 4, S. 100883.
- Massarrat, Mohssen (2006): *Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit: Perspektiven Revolutionärer Reformen*, Hamburg: VSA.
- Maus, Ingeborg (1986): *Rechtstheorie und politische Theorie im Industriekapitalismus*, München: Fink.
- Moss, Timothy/Becker, Sören/Naumann, Matthias (2015): »Whose energy transition is it, anyway? Organisation and ownership of the Energiewende in villages, cities and regions«, in: *Local Environment*, 20. Jg., Nr. 12, S. 1547-1563.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics. Thinking the world politically*, London: Verso.
- Neyer, Gerda (1998): »Dilemmas der Sozialpolitik«, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft*, Wien: Böhlau, S. 90-100.
- Offe, Claus (2003): »Einleitung: Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie«, in: Claus Offe (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt/New York: Campus, S. 9-23.
- Pelluchon, Corine (2021): *Das Zeitalter des Lebendigen. Eine neue Philosophie der Aufklärung*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Pichler, Melanie (2017): »What's democracy got to do with it? A political ecology perspective on socio-ecological justice«, in: Melanie Pichler/Cornelia Staritz/Karin Küblböck/Christina Plank/Werner Raza/Fernando Ruiz Peyré (Hg.): *Fairness and Justice in Natural Resource Politics*, Oxon: Routledge, S. 34-52.
- Pichler, Melanie/Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2020): »The double materiality of democracy in capitalist societies. Challenges for social-ecological transformations«, in: *Environmental Politics*, 29. Jg., Nr. 2, S. 193-213.
- Plumwood, Val (1995): »Has democracy failed ecology? An Ecofeminist perspective«, in: *Environmental Politics*, 4. Jg, Nr. 4, S. 134-168.
- Rancière, Jacques (1996): »Demokratie und Postdemokratie«, in: Alain Badiou/Jacques Rancière (Hg.): *Politik der Wahrheit*, Wien: Turia + Kant, S. 119-156.
- Rancière, Jacques (2011): *Der Hass der Demokratie*, Berlin: August.
- Sauer, Birgit (2009): »Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie?«, in: Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 105-118.
- Sauer, Birgit (2011): »Die Allgegenwart der »Androkratie«: feministische Anmerkungen zur »Postdemokratie««, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 1/2, S. 32-36.
- Sauer, Birgit (2016): »Demokratie, Geschlecht und Arbeitsteilung«, in: Alex Demirović (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 156-173.
- Salzborn, Samuel (2012): *Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen*, Baden-Baden: Nomos/UTB.
- Scherhauser, Patrick/Klittich, Philipp/Buzogány, Aron (2021): »Between illegal protests and legitimate resistance. Civil disobedience against energy infrastructures«, in: *Utilities Policy*, 72. Jg., Nr. 101249 <https://doi.org/10.1016/j.jup.2021.101249> (Zugriff: 12.05.2022).
- Stein, Tine (2011): »Sustainability of Democracy. A consideration on the basis of its leading differences«, in: Kolja Raube/Annika Sattler (Hg.): *Difference and Democracy*, Frankfurt/New York: Campus, S. 83-98.
- Stiefel, Elisabeth (2014): »Thinking outside the box«, https://elisabeth-stiefel.de/wp_Jet1MOgm/wp-content/uploads/2016/08/Thinking-outside-the-box.pdf (Zugriff: 12.05.2022).
- Streek, Wolfgang (2015): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Swyngedouw, Erik (2009): »The Antinomies of the Postpolitical City. In Search of a Democratic Politics of Environmental Production«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 33. Jg., Nr. 3, S. 601-620.
- Temper, Leah/Del Bene, Daniela (2016): »Transforming knowledge creation for environmental and epistemic justice«, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 20. Jg., S. 41-49.
- Tronto, Joan C. (2013): *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*, New York: New York University Press.
- Walk, Heike (2008): *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wissen, Markus (2016): »Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse«, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie. Demokratische Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 48-66.